



CGFP

fonction publique

numéro 28, octobre 2018
paraît 4 fois par an
7^{ème} année

compact

Rentrée sociale bei der CGFP

Die diesjährige Rentrée sociale der CGFP stand ganz im Zeichen der Parlamentswahlen und des drohenden Sozialkonflikts bei der Sparkasse.

In seiner Sitzung am 27. September bedauerte der CGFP-Nationalvorstand zutiefst, dass die Regierung sich geweigert hat, ihre Verantwortung für die Belegschaft der „Banque et Caisse d'Épargne de l'État“ (BCEE) zu übernehmen. Der Konflikt schwelt nun schon seit drei Jahren. Nach einer erfolglosen Schlichtungsprozedur konnte auch in der Mediation bis zum 27. September keine Einigung erzielt werden.

Die staatliche Sparkasse widersetzt sich der vollständigen Umsetzung der Dienstrechtsreform und des Besoldungsabkommens. Die Regierung hat es abgelehnt, auf die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaftsseite einzugehen, insbesondere was die Beförderung betrifft.

Konkret geht es bei dem nicht enden wollenden Konflikt um eine großherzogliche Verordnung vom 16. Oktober 1993. Dieses BCEE-Reglement sieht vor, dass lediglich in den oberen Gehaltsstufen eine Bewertung durchgeführt wird, die als Grundlage zur Beförderung dient. Die BCEE-Verantwortlichen pochen jedoch zu Unrecht darauf, dass diese Bewertung auch in den unteren Stufen anzuwenden sei.

Gemischte Bilanz der vergangenen Legislaturperiode

Anlässlich der Rentrée sociale zog das hohe CGFP-Gremium eine gemischte Bilanz der abgelaufenen Legislaturperiode. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten gelang jedoch zu dem Schluss, dass die positiven Ergebnisse überwiegen (sehen Sie dazu bitte ein Beitrag auf Seite 4 und 5).



Besonders hervor sticht das am 15. Juni 2018 mit der Regierung unterzeichnete Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016. Mit der Abschaffung der 80/80/90-Regelung für Berufsanfänger und mit der Senkung der „Stage“-Zeit von drei auf im Prinzip zwei Jahre wurden zwei CGFP-Kernforderungen erfüllt. Außerdem wurde in der Amtszeit des blau-rot-grünen Bündnisses eine zweimalige Erhöhung der Essenszulage beschlossen. Zur vollsten Zufriedenheit der CGFP wurden zudem jene staatlichen Laufbahnen aufgewertet, bei denen im Zuge der Beamtenrechtsreform Härtefälle entstanden waren.

Auch die Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, die am 1. Oktober 2018 in Kraft traten, ist der Regierung positiv anzurechnen. Des Weiteren konnte die CGFP der Dreierkoalition wichtige Zugeständnisse beim Bewertungssystem abringen. Weitere Punkte, die in den Jahren 2013 bis 2018 ab-

gehackt wurden, waren die Einigung bei den Dienstwohnungen und die Reform des Elternurlaubes. Die guten Ansätze der Steuerreform taten ihr Übriges, auch wenn die CGFP nach wie vor eine gerechtere Verteilung der Steuerlast fordert, um somit die sozialen Ungerechtigkeiten noch wirksamer zu bekämpfen.

„Die Regierung hat nicht alles, aber doch vieles gar nicht so schlecht gemacht“, brachte es CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff bei der anschließenden Pressekonferenz auf den Punkt, als er die Geschehnisse der vergangenen Legislaturperiode Revue passieren ließ.

Mit Blick auf die Parlamentswahlen bemängelte er, dass der politische Inhalt während des Wahlkampfes oft auf der Strecke bleibe. Die Wahlprogramme würden zunehmend in den Hintergrund geraten. Um diesem Trend Einhalt zu gebieten, hatte die CGFP im Rahmen ihrer „Wahlprüfsteine“ acht Parteien mit 34 messerscharfen Fragen konfrontiert. **ml**

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

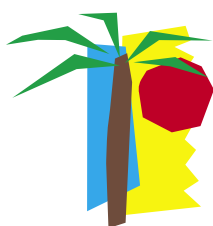
Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Die CGFP hat hohe Erwartungen an die neue Regierung

Es ist geschafft! Nach einer wenig lebhaften Wahlkampagne hat der Wähler sein Verdikt gesprochen. Die Würfel sind gefallen. Die Parlamentswahlen 2018 haben die luxemburgische Parteienlandschaft teilweise durcheinandergewirbelt, lautet das Fazit.

Das Wahlergebnis mag für einige etablierte Parteien enttäuschend gewesen sein, aber es ist ein Spiegelbild der unterschiedlichen Strömungen, die derzeit in der luxemburgischen Bevölkerung

vorzufinden sind. Die betroffenen Parteien müssen dies wohl oder übel akzeptieren und einsehen, dass sie mit ihren Programmen im Wahlkampf offensichtlich nicht richtig punkten konnten.

Die infrage kommenden Parteien sind jetzt in der Pflicht, möglichst schnell eine stabile und regierungsfähige Koalition zu bilden. Zahlreiche Probleme, zum Beispiel im Bereich der Sozial- und Steuerpolitik, erfordern schnelle Entscheidungen seitens der Regierung. Luxemburg kann es sich nicht leisten, monatelang in eine Politstarre zu verfallen und alle bestehenden Probleme auf die lange Bank zu schieben.

Die CGFP ermahnt die Politik, dafür zu sorgen, dass die Koalitionsverhandlungen zügig voranschreiten. Die Bildung einer neuen Regierung darf nicht von vorneherein durch maximale Vorbedingungen, Eitelkeiten und Partikularinteressen behindert werden. Das Allgemeininteresse muss immer im Vordergrund stehen.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen hatte sich die CGFP als parteipolitisch unabhängige und ideologisch neutrale Berufsorganisation stets davor gehütet, eine Wahlempfehlung auszusprechen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die CGFP in der kommenden Legislaturperiode keine Forderungen an die politischen Parteien und an die künftige Regierung hat.

Ganz oben auf der Prioritätenliste steht die bedingungslose Umsetzung des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen, das am 15. Juni 2018 mit dem amtierenden Beamtenminister Dan Kersch unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung, die u.a. die Abschaffung



der 80/80/90-Regelung und die Kürzung der „Stage“-Zeit von drei auf im Prinzip zwei Jahre beinhaltet, muss unverzüglich per Gesetz umgesetzt werden.

Die Zeit drängt, da auch jene Praktikanten, die bereits mit dem Referendariat begonnen haben, ein Recht darauf haben, in den Genuss dieser reduzierten „Stage“-Zeit zu kommen. Gemäß dem erzielten Abkommen, müssen Anfang kommenden Jahres auch die Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden beginnen. Bei sektoriellen Anliegen darf die nächste Regierung also nicht mehr auf die CGFP als einzigen Verhandlungspartner verweisen.

Die Unabhängigkeit der Staatsbediensteten wahren

Entschlossen zeigt sich die CGFP, was die Forderung nach einer Abschaffung des arbiträren Bewertungssystems anbelangt, das im Zuge der Reform von 2015 im öffentlichen Dienst eingeführt wurde. Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum mageren Ergebnis. Ein derartiges Modell, das auf reine Profitmaximierung ausgerichtet ist, erweist sich im öffentlichen Dienst als äußerst kontraproduktiv. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich Missstände aufbauen. Mit dem Bewertungssystem ist die Unabhängigkeit der Staatsbediensteten nicht mehr vollständig gewährleistet. Im Ausland gibt es genügend Beispiele, die eindrucksvoll zeigen, wohin ein solches Unterfangen führen kann.

Die Erwartungen der CGFP an die neue Regierung betreffen längst nicht nur den öffentlichen Dienst. Akuten Handlungsbedarf sieht die CGFP bei der Steuerpolitik. Eine zusätzliche Entlastung der Unternehmen,

so wie sie mehreren Parteien vorschwebt, darf nicht auf dem Rücken der natürlichen Personen ausgetragen werden.

Dank der CGFP wurde die geforderte Abschaffung der völlig überholten Steuerklasse 1A zu einem Wahlkampfthema. Jetzt müssen endlich Taten folgen! Die neue Koalition darf nicht mehr länger zusehen, wie diese ungerechte Steuerklasse vielen Alleinerziehenden und Verwitweten zum Verhängnis wird. Längst überfällig sind

auch die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation und die 100-prozentige Besteuerung der „Stock-Options“.

Beim Thema Renten und Pensionen sieht die CGFP keinen Grund für einen Kurswechsel. Die Rentenreserven belaufen sich auf mehr als 17 Milliarden Euro. In Zeiten einer boomenden Konjunktur hält die CGFP es für unangebracht, eine Renten- und Pensionsreform in die Wege zu leiten. Sollte die neue Regierung eine Erhöhung der Beiträge oder eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters in Erwägung ziehen, wird sich die CGFP resolut dagegen zur Wehr setzen.

An das neue Bündnis geht zudem der Aufruf, den Mindestlohn endlich anzuheben. Arbeit muss sich lohnen und vor Armut schützen. Alle Beschäftigten in Luxemburg haben das Recht darauf, ein angemessenes Einkommen zu beziehen, das es ihnen ermöglicht, ein dezentes Leben zu führen. In einem wohlhabenden Land wie Luxemburg darf das Phänomen des „working poor“ nicht grassieren.

Die Wahlen sind vorbei. Das ist auch gut so. Nun gilt es für alle Parteien, die Ärmel hochzukrempeln. Nur eine Regierung, die den politischen Mut aufbringt, sich den oben erwähnten Herausforderungen zu stellen, darf auf die Rückendeckung seitens der CGFP zählen.

In ihrem mehr als 50-jährigen Bestehen hat sich der Dachverband aller öffentlich Bediensteten stets als loyaler, zuverlässiger und verantwortungsbewusster Sozialpartner erwiesen, wenn es darum ging, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Interesse des Landes zu verbessern.

Max Lemmer

Eine turbulente Zeit

Die erzielte Einigung über das Zusatzabkommen für den öffentlichen Dienst, einschließlich der Abschaffung der 80/80/90-Regelung, war einer der großen Erfolge, die die CGFP in der vergangenen Legislaturperiode erzielte. Diese erfreuliche Tatsache darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die vergangenen fünf Jahre aus Sicht der öffentlich Bediensteten äußerst ereignisreich waren. Dabei gab es Höhen und Tiefen zu verzeichnen: Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rief die CGFP gleich zwei Mal zu einer Protestkundgebung auf. Ein Rückblick.

Als 2013 die Dreierkoalition aus Liberalen, Sozialisten und Grünen im Zuge der Neuwahlen das Zepter übernahm, wurden dem öffentlichen Dienst zehn knappe Sätze im Koalitionsprogramm gewidmet.

Die Vorlage war klar: Angesichts der angespannten Lage der Staatsfinanzen sah die Dreierkoalition keinen Anlass für eine weitere Punktwerthöhung in der bevorstehenden Legislaturperiode. Blau-Rot-Grün erklärte sich lediglich dazu bereit, die von der vorigen Regierung eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der CGFP einzuhalten. Neben dem im Jahr 2011 erzielten Gehälterabkommen gehörte auch die Dienstrechtsreform dazu.

Das Jahr 2014 startete mit einem Eklat: Das Gutachten des Staatsrats zur Dienstrechtsreform war vernichtend. Die Hohe Körperschaft sprach 109 formelle Einwände aus, denen Rechnung getragen werden musste. Dan Kersch, der neue Hausherr im Ministerium des öffentlichen Dienstes, machte bei den anschließenden Nachverhandlungen zwei wesentliche Zugeständnisse.

Zum einen wurde das umstrittene Bewertungssystem vereinfacht. Statt einer jährlichen Bewertung einigte man sich darauf, die öffentlich Bediensteten während ihrer Laufbahn nur noch dreimal zu evaluieren. Die Zahl der Kriterien wurde von vier auf zwei halbiert. Staatsbedienstete, die nicht mit dem Ergebnis einverstanden sind, können jederzeit in Berufung gehen. Zum anderen wurde auch bei der Entschädigung der Praktikanten eine Einigung erzielt. Als Berechnungsgrundlage dient seitdem die Gehaltsstufe 4, zuvor war es die Gehaltsstufe 3.

Trotz dieses Teilerfolges musste die CGFP bald an einer anderen Front kämpfen. Mit Nachdruck widersetzte sie sich erfolgreich den Regierungsplänen zur Einführung der sogenannten „*intérêts notionnels*“. Diese Maßnahme nach belgischem Muster sollte es den Unternehmen ermöglichen, mittels fiktiver Zinsen ihren Gewinn vor Steuern und somit ihre Steuerlast drastisch zu verringern. Auf Druck der CGFP verkündete Premier



Xavier Bettel im April 2014 anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation, seine Regierung habe endgültig Abstand von diesem Vorhaben genommen. Auch die von der CGFP heftig kritisierte vorgezogene TVA-Erhöhung war plötzlich kein Thema mehr.

Einen Durchbruch gab es auch in der Indexfrage. Angesichts der niedrigen Inflationsrate sah die Dreierkoalition keinen Anlass mehr, den Indexmechanismus in Frage zu stellen. Dennoch gab es keinen Grund, Luftsprünge vor Freude zu machen. Ab Juli 2014 nahm nämlich die Sparpolitik der Regierung konkrete Formen an.

Vertrauensbruch auf Regierungsseite

Auf die Ankündigung einer 0,5-Prozent-Abgabe ausschließlich für private Haushalte zur Finanzierung von Familienleistungen folgte im Herbst die Abschaffung des „*trimestre de faveur*“ im öffentlichen Dienst. Einseitig beschloss die Regierung, dass die dreimonatige Lohnfortzahlung vom letzten Gehalt bis zum Erhalt der ersten Pension außer Kraft gesetzt werde. Für die CGFP, die vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, kam dies einem Vertrauensbruch gleich.

Die sozial unausgewogenen Sparpläne der Regierung, die die Kaufkraft der Haushalte beeinträchtigten, führten zu einer Premiere in der luxemburgischen Sozialgeschichte. Auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz riefen die drei national repräsentativen Gewerkschaften CGFP, OGBL und LCGB im November 2014 in einer gemeinsamen Resolution die Regierung dazu auf, ihre Politik zu ändern. Bereits wenige Tage später zeigte der gemeinsame Widerstand schon eine erste Wirkung.

Die Regierung unterschrieb am 28. November 2014 ein Abkommen mit den Gewerkschaften. Demzufolge wurde u.a. die umstrittene 0,5-Prozent-Abgabe in eine vo-

rübergehende Steuer umgewandelt, bevor 2017 eine Steuerreform in Kraft trat. Das Abkommen sah zudem einen einhergehenden Freibetrag in Höhe des Mindestlohnes vor. Auch in der Beschäftigungspolitik ging die Koalition Kompromisse ein.

Mit breiter Mehrheit billigte das Parlament am 24. März 2015 die Beamtendienstrechtsreform und das Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst. Das Reformpaket beinhaltete die Einführung des bis heute umstrittenen Bewertungssystems, die Anpassung zahlreicher Berufslaufbahnen und die Anhebung der „*Stage*“-Zeit von zwei auf drei Jahre bei gleichzeitiger Kürzung der Entschädigung. Das Besoldungsabkommen sah unterdessen eine Einmal-Prämie von 0,9 % sowie eine Punktwerthöhung von 2,2 % vor.

Bei den Berufskammerwahlen im April 2015 sicherte sich die CGFP 21 der 22 möglichen Mandate. Gestärkt durch dieses Traumergebnis war die CGFP fest entschlossen, sich gegen Einschnitte zu Lasten des öffentlichen Dienstes zur Wehr zu setzen. Ferner rief sie die Regierung dazu auf, die 0,5 %-Steuer rückgängig zu machen. Nach der Niederlage, die die Regierung beim Referendum einstecken musste, trat eine Kehrtwende ein. Bei der anschließenden Steuerreform trug sie der CGFP-Forderung nach einer Abschaffung der 0,5 %-Steuer Rechnung. Auch wenn die CGFP die Steuerreform als einen Schritt in die richtige Richtung wertete, hatte sie dennoch kein Verständnis dafür, dass die Regierung an der anachronistischen Steuerklasse 1A festhielt. Sie forderte, genau wie heute noch, deren Abschaffung, damit insbesondere Alleinziehende stärker entlastet werden.

Zugleich appellierte die CGFP an die Regierung, das Prämiensystem unangetastet zu lassen. Die Beziehungen mit der Regierung verschlechterten sich zunehmend. Um dem

schleichenden Sozialabbau im öffentlichen Dienst einen Riegel vorzuschieben, fand am 16. Juni 2016 eine überaus erfolgreiche CGFP-Protestkundgebung statt. Der Warnschuss fand Gehör: Der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister verpflichtete sich schriftlich, die staatlichen Prämien bis zum Ablauf des bestehenden Gehälterabkommens, das bis Ende 2020 gilt, nicht mehr in Frage zu stellen. Nach monatelangen, hartnäckigen Verhandlungen schloss die CGFP am 5. Dezember 2016 mit der Regierung ein Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst ab, dessen Laufzeit drei Jahre betrug.

Die zentralen Punkte der Vereinbarung waren u.a. eine Punktwertenerhöhung von 1,5 % zum 1. Januar 2018 sowie eine Einmalzahlung (1 % des Jahresgehalts) und die Anhebung der Essenzulage (von monatlich 110 Euro auf 144 Euro). Zudem wurde die Teilzeitarbeit einer Reform unterzogen: Den öffentlich Bediensteten wurde ermöglicht, ihre Arbeitszeit in Zehn-Prozent-Stufen zurückzufahren. 17 Monate später wurde das Abkommen im Parlament einstimmig verabschiedet.

Ende 2016 gab sich die CGFP eine neue Führungsmannschaft. Der bisherige Generalsekretär Romain Wolff beerbte den langjährigen CGFP-Nationalpräsidenten Emile Haag. Steve Heiliger wurde zum neuen Generalsekretär gewählt. Claude Heiser blieb unterdessen Erster Vizepräsident. Für Michel Cloos und Camille Weydert rückten Patrick Remakel

und Gilbert Goergen im Exekutivbüro nach. Im darauffolgenden Jahr überschlugen sich die Ereignisse. Der Gesetzentwurf zur Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, der im Besoldungsabkommen von Dezember 2016 vereinbart worden war, wurde noch vor den Sommerferien termingerecht auf den Instanzenweg geschickt. Ziel war es, Berufs- und Familienleben besser unter einen Hut zu bringen.

Zudem entspannte sich die Lage bei der Flughafenverwaltung. Am 30. August 2017 wurde dort ein gravierender Sozialkonflikt knapp vermieden. Am 9. November 2017 feierte die CGFP ihr 50-jähriges Bestehen. Rund 300 Ehrengäste, unter ihnen Großherzog Henri, nahmen an der akademischen Feier im hauptstädtischen Cercle teil. Doch viel Zeit zum Feiern blieb nicht: Mit unermüdlichem Einsatz erhöhte das neue CGFP-Führungsteam zunehmend den Druck auf die Regierung.

Zu den Kernforderungen gehörten die Abschaffung der ungerechten 80/80/90-Regelung, die Kürzung des dreijährigen Praktikums sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden bei sektoriellen Anliegen und die Aufhebung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst. Der wachsende Unmut gipfelte am 27. November 2017 in einer breit angelegten Protestkundgebung, die unter dem Motto „Für eine sichere Zukunft des öffentlichen Dienstes“ stand. Sowohl die Regierung als

auch die Parteien wurden aufgefordert, klar Stellung zu den oben erwähnten Forderungen zu beziehen.

Waren die Reaktionen am Anfang noch spärlich, so kam im Februar 2018 endlich Bewegung ins Spiel. Die Regierung, die sich lange einem Dialog mit der CGFP verschlossen hatte, zeigte sich auf einmal Gesprächsbereit. Nach einem Treffen zwischen der CGFP und Premier Xavier Bettel verzichtete der CGFP-Nationalvorstand darauf, die Schlichtung einzuleiten, um die anstehenden Verhandlungen mit Beamtenminister Dan Kersch nicht sofort zu torpedieren. Diese Strategie erwies sich als richtig. Die harten, aber stets fairen Verhandlungen mündeten in ein umfassendes Solidaritätsabkommen zwischen der CGFP und der Regierung.

Vor allem die Aufhebung der sinnlosen 80/80/90-Regelung, die zum 1. Januar 2019 erfolgen wird, setzt ein deutliches Zeichen gegenüber künftigen Generationen. Bis auf eine Ausnahme hat die CGFP all ihre wesentlichen Forderungen durchgesetzt. Die Bilanz der vergangenen Legislaturperiode fällt aus ihrer Sicht dementsprechend eher positiv aus.

Nichtsdestotrotz bleiben einige Baustellen. Ein Thema, das die CGFP noch immer ärgert, ist das Bewertungssystem. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten wird so lange Druck ausüben, bis dieses beseitigt wird.

Max Lemmer

Berufskammer der öffentlich Bediensteten

Teilweise Erneuerung des Kammerbüros

Bei der Vertretung der Staatsbediensteten ist im Kammerbüro am 8. Oktober 2018 ein Wechsel erfolgt. Vizepräsident Claude Heiser stellte aus beruflichen Gründen sein Amt zur Verfügung. In der jüngsten Sitzung der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (Chfep) dankte Heiser der Plenarversammlung, insbesondere dem Kammerbüro und den Mitarbeitern des Sekretariats der Berufskammer für die jahrelange hervorragende Zusammenarbeit im Interesse des öffentlichen Dienstes.

Aufgrund seiner neuen beruflichen Herausforderung könne er sein Amt bei der Chfep künftig aus zeitlichen Gründen nicht mehr so wahrnehmen wie bisher, betonte der langjährige Vizepräsident. Bei den Mitgliedern der Plenarsitzung erntete Claude Heiser für seinen unermüdlichen Einsatz und seine stets hingebungsvolle Arbeit viel Lob.

Anschließend wurde das Kammerbüro in zwei getrennten, geheimen Wahlgängen teilweise neu bestellt. Der bisherige Assessor Gilbert Goergen rückt als Nachfolger von Claude Heiser auf den Posten des Vizepräsidenten. Mit Mona Guirsch, die zur Assessorin gewählt wurde, ist künftig erneut eine



Chfep-Präsident Romain Wolff (Bildmitte) umgeben von (v.l.n.r.) Vizepräsident Gilbert Goergen, Assessorin Mona Guirsch, Assessor Marco Thomé und Direktor Georges Muller

Frau im Kammerbüro vertreten. Dem Kammerbüro der Vertretung der öffentlich Bediensteten gehören zudem auch Präsident Romain Wolff und Assessor Marco Thomé

an. Die kommenden Berufskammerwahlen für den öffentlichen Dienst finden im März 2020 statt.

ml



BIEN CHEZ VOUS ET BIEN PROTÉGÉ

HOME

L'assurance habitation
100% personnalisable

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Der „Index“ ist nicht wettbewerbsschädigend, sondern produktivitäts- und fortschrittsfördernd

Kaum ist nach langer Zeit wieder eine Indexbranche erfallen, stimmen schon die Patronatslobbyisten das Klagelied über die schrecklichen und unbezahlbaren Lohnkosten in Luxemburg an. Sie glauben dabei fest daran, dass falsche Theorien und Thesen irgendwann als Wahrheit akzeptiert werden, wenn diese nur lange genug wiederholt werden.

Dass mehr als anderthalb Jahre lang keine Indexanpassung vollzogen wurde, hat die Gehalts- und Lohnabhängigen nicht sonderlich aufgeregt, da es sich hier um keine Lohnerhöhung handelt, die irgendjemand herausgezögert hätte. Der „Index“ ist vielmehr eine reine Absicherung der Kaufkraft für die Arbeitseinkommen und Renten sowie für bestimmte Sozialleistungen, also ein Ausgleich für die langsame Geldentwertung, die sich aus den schleichenden Preissteigerungen ergibt.

Wird beim Standard-Warenkorb des Stater eine Preissteigerung von 2,5 % seit der letzten Indexanpassung festgestellt, kommt es automatisch zu einer gleichhohen Einkommensanpassung, ohne dass ein neues Gesetz und ein Regierungsentscheid erforderlich wären. Und ein Minister, der diesbezüglich zwitschert, pardon, twittert, hat nicht den geringsten Verdienst daran. Er versucht lediglich, sich mit fremden Federn zu schmücken.

Finger weg vom Index!

Und weil es sich bei der Indexierung um einen reinen Geldwertausgleich handelt, sind populistische Forderungen nach einer gestaffelten oder nach einer gedeckelten Indexierung unhaltbar, weil sie auf einer groben Unkenntnis des ganzen Mechanismus und seiner Begründung beruhen. Wer eine Modulierung der Indexregeln fordert, plädiert für eine Manipulierung, und er fördert dabei schlimmstenfalls eine teilweise oder totale Abschaffung, so wie es die kapitalistischen Anbieter der absoluten Marktmechanismen fordern.

Der Index muss uns unbedingt erhalten bleiben, und zwar in seiner heutigen, proportionalen Einfachheit. Dass die 2018^{er} Indexbranche konkret durch die Preisentwicklung an der Erdölfront verursacht wurde, ist für uns kein Grund dafür, jetzt denjenigen, die mit ihrem SUV länger an der Zapfsäule stehen, eine höhere Indexbranche zuzugestehen.

Genauso kann der Indexmechanismus, ohne ernsthafte Verwerfungen zu schaffen, nicht dazu dienen, die bestehenden Einkommensdifferenzen auszugleichen. Zu schwache Einkommen, sei es bei Löhnen, bei Renten oder bei Sozialleistungen, sind vielmehr durch andere, spezifische, gesetzliche Entscheidungen aufzubessern. Der Index selbst aber ist unentbehrlich und nicht reformbe-



dürftig. Und es gibt keinen Grund, ihn abzuschaffen oder ihn irgendwie abzuändern.

Ein unschuldiger Sündenbock

Den Indexmechanismus als eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für die Arbeitsplätze darzustellen, ist in Wirklichkeit eine arge Manipulation. Natürlich bringt jede Index-bedingte Lohnerhöhung eine Steigerung der Personalkosten für alle Unternehmen mit sich. Die Annahme, dass dadurch unsere Frisörläden, Bäckereien, Metzgereien, Restaurants und Autowerkstätten an Wettbewerbsfähigkeit verlieren werden, ist ein absoluter Trugschluss, da all ihre Konkurrenten genau der gleichen Lohnanpassung ausgesetzt sind, und es somit hier zu keinerlei Wettbewerbsverzerrungen kommen kann.

Wenn mein Frisör jedes Mal 50 Cent oder einen Euro mehr verlangt als bislang, lasse ich mir deswegen nicht gleich in Trier oder in Arlon die Haare schneiden. Eine reale Belastung gibt es somit nur für jene Unternehmen und Gewerbetreibenden, die einer ausländischen Konkurrenz ohne Indexregel ausgesetzt sind. Doch diese Firmen haben noch ganz andere und schwerwiegendere Sorgen, wie etwa die zu hohen Mieten für ihre Geschäfts- und Betriebsräume. Dafür genießen sie aber auch viele Standortvorteile, die Luxemburg zu bieten hat.

Die Geschäftsleute, die jedoch luxemburger Verbraucher bedienen, profitieren ganz offensichtlich von jeder neuen Indexbranche, dank der Kaufkraftstärkung ihrer Kundschaft.

Personalkosten und Produktivität der Arbeitskräfte

Natürlich stellen die hiesigen hohen Löhne und ihr permanenter Anstieg einen sehr sensiblen Kostenpunkt für die gesamte Privatwirtschaft und eine Belastung für den Staatshaushalt dar. Unser Gehälterniveau ist eine ständige Herausforderung, aber dies

wäre es auch ohne Indexierung. Gleichzeitig ist es aber auch der beste Ansporn für stetige Produktivitätssteigerungen in allen Bereichen, und somit ein Hauptmotor unseres wirtschaftlichen Fortschritts und der erforderlichen strukturellen Verbesserungen unserer Wirtschaft.

In allen Industriestaaten, und darüber hinaus in der gesamten Welt, sind kurz- bis mittelfristig alle exportierenden Unternehmen, die es nicht schaffen, ihre Arbeitsproduktivität voranzubringen, unweigerlich in ihrer Existenz bedroht. Tendenziell verzeichnen die rentablen Firmen des Landes aber Lohnerhöhungen, die deutlich über die gesetzlichen Indexanpassungen hinausreichen.

Wer auf unserem engen Arbeitsmarkt mit seinem ständigen Mangel an qualifiziertem und verlässlichem Personal nicht das erforderliche Lohnniveau respektieren will oder respektieren kann, der findet einfach keine Mitarbeiter mehr, ob er nun ein kleiner, ein großer Unternehmer oder eine Verwaltung ist.

Der Markt bestimmt das Lohnniveau

Gäbe es keine obligatorischen, gesetzlichen Indexerhöhungen, so müssten die freiwillig zugestandenen Lohnanpassungen der Unternehmen deutlich höher ausfallen. Das Problem aller Arbeitgeber auf der Personalebene ist nämlich unser begrenzter Arbeitsmarkt, der auf Dauer den sozialen Fortschritt bei der Besoldung sicherstellt.

Und genau dieses ständige Dilemma für die Firmenwelt fehlt in vielen Ländern, jedenfalls im gleichen Ausmaß. Dadurch kommt es dort zu sinkenden Reallöhnen, und das Sozialdumping, das dabei entsteht, treibt ganze Heerscharen von gebeutelten Sozialabsteigern politisch in die Arme der demagogischen Rattenfänger. Hätten hierzulande die Gewerkschaften die Regierenden nicht erfolgreich daran gehindert, die antisozialen

Avez-vous changé d'adresse?

Alors n'oubliez pas de nous le faire
savoir en renvoyant le talon-réponse
ci-contre à la

CGFP

**488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg**

ou en utilisant le formulaire
électronique sous:
[www.cgfp.lu/Changement-
adresse.html](http://www.cgfp.lu/Changement-adresse.html)



Ancienne adresse

Nom:.....

Prénom:.....

No et rue:.....

Code postal:.....

Localité:.....

Nouvelle adresse

Nom:.....

Prénom:.....

No et rue:.....

Code postal:.....

Localité:.....

email:.....

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les
élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois
Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,

mercredi: de 14h30 à 16h30 jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp.lu – http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS **CGFP**

Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Fortsetzung von Seite 7

FEDIL-Ratschläge umzusetzen, hätte Luxemburg wohl auch eine lautstarke, populistische Partei, politische Instabilität und soziale Unruhen.

Wenn man die Dinge also aus der nötigen Distanz betrachtet, wird offensichtlich, dass bei dieser Debatte die lautstarken Lobbyisten sich lediglich darum bemühen, jene Betriebe zu schützen und vor dem Untergang zu retten, die nicht mehr, oder nur noch marginal rentabel sind. Dabei handelt es sich um kränkelnde Unternehmen, für die eine neue Indexranche zum Verhängnis wird.

Der Kampf der Wirtschaftsbranchen

Das eigentliche Problem unserer Arbeitgeber sind nicht die Indexanpassungen, sondern das heute vorherrschende und weiterwachsende Lohngefälle zwischen den unterschiedlichen Sektoren des Landes, die miteinander auf dem Arbeits-, Immobilien- und Kapitalmarkt im Wettstreit stehen, wenn es darum geht, die erforderlichen Ressourcen abzusichern.

Was Luxemburg ein überdurchschnittliches Wachstum verschafft, sind die steigende Produktivität der gewinnbringenden Branchen und Betriebe sowie der ständige Zuzug weiterer Unternehmen und ganzer Cluster mit hohem Mehrwert. Und diese Entwicklung erlaubt über die Jahre hinweg auf breiter Front eine bessere Entlohnung der Mitarbeiter.

In diesem Zusammenhang ist es daher auch absurd zu behaupten, die angeblich zu hohen Gehälter im öffentlichen Dienst seien

schuld an der ständig steigenden Entlohnung im Privatsektor. Die gehässigen Angriffe gewisser Patronatskreise auf die Besoldung und auf die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind kontraproduktiv in Zeiten, wo der Staat als Arbeitgeber sich durchaus nicht mehr in der Lage sieht, auf dem Arbeitsmarkt seinen Personalbedarf zu decken.

Natürlich ist der öffentliche Dienst kein Niedriglohnssektor. Und er darf es auch nicht werden, wenn unser Sozialsystem und unsere Wirtschaft korrekt und optimal funktionieren sollen, damit die Lebensqualität der Einwohner und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhalten bleiben. Die höchsten Arbeitseinkommen unseres Landes sind aber eindeutig nicht im öffentlichen Dienst festzustellen. Bekanntlich beziehen Tausende Menschen ein höheres Gehalt als der Staatsminister.

Daher ist es auch eine Schande und aus Sicht der Bürger absolut verantwortungslos, wenn sich bestimmte Herrschaften immer wieder zum Aufstacheln von primitiven Neidreflexen bei den Niedriglohneempfängern hinreißen lassen.

Die Faktenlage ist eindeutig

Es ist eine indiskutable Tatsache, dass Luxemburg ein sehr attraktiver Standort für grenzüberschreitende Tätigkeiten ist. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise vor zehn Jahren wurden hierzulande 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, seit der Jahrtausendwende und der Einführung des Euro sogar 200.000. Wir haben eine enorm

überschüssige Außenbilanz und unsere Wirtschaft wächst real zweimal schneller als das europäische Umfeld.

Wer in dieser Lage von einem generellen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit spricht, hält uns alle für Trottel, benimmt sich unehrlich und unverschämt. Die gefährdeten Arbeitsplätze, die man hier zu schützen vorgibt, sind nicht nur schlecht bezahlt, sie sind vor allem meistens auch sehr prekär und auf Dauer in ihrer Existenz extrem gefährdet.

Und gleichzeitig ist das gesamte hochtrabende Argumentieren der Lobbyisten, ob es um die Indexierung, den Mindestlohn oder die Sozialleistungen in diesem Land geht, nur pseudowissenschaftlich und das Ganze steht in flagrantem Widerspruch zu den Erkenntnissen der Wissenschaft.

Wir verweisen die Herren Chefökonom an einen Urvater der Volkswirtschaftslehre, Joseph Schumpeter (1883-1950), und an dessen Erkenntnisse über die „schöpferische“ oder die „kreative Zerstörung“, heute auch als „disruptive Innovation“ bekannt.

Wer gänzlich unproduktive Wirtschaftsbereiche schützt und künstlich am Leben erhalten will, der bremst und verhindert den wirtschaftlichen Aufschwung und die strukturelle Verbesserung unserer Wirtschaft. Die ganze Anti-Index-Rhetorik gewisser Kreise plädiert somit nur für einen antisozialen Protektionismus und ein gesetzlich geschütztes Sozialdumping.

Paul Zimmer

Ob gegen Feuer oder fürs Auto, die mit Abstand preisgünstigsten Versicherungen in Luxemburg sind allein den CGFP-Mitgliedern vorbehalten und nur verfügbar bei

CGFP
Assurances

www.cgfp-assurances.lu
CGFP Assurances S.A.
16, rue Érasme L-1468 Luxembourg
tél.: +352 27 04 28 01
fax: +352 27 04 28 99

Fordern Sie einen Devis an und vergleichen Sie ihn mit Ihrer derzeitigen Police!

LuxDidac 2018 – Innovation statt Stillstand

Eine große Auswahl an innovativem und bewährtem Schulmaterial, lehrreiche Workshops sowie interessante Anregungen anlässlich diverser Konferenzen zu vielfältigen Themen – all das bot die LuxDidac vom 25. bis 28. September im Forum „Geesseknäppchen“. Die dreitägige Fachausstellung, die von den beiden CGFP-Fachverbänden „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) und „Fédération Générale des Universitaires au Service de l'Etat (FEDUSE-Enseignement/CGFP) zum 23. Mal organisiert wurde, zeigte sich beliebter denn je. Die Veranstaltung, die jedes Jahr mit dem Schulanfang einhergeht, hat sich längst zu einer unabdingbaren Austauschplattform für sämtliche Schulakteure entwickelt.

In Anwesenheit von Bildungsminister Claude Meisch gingen SNE-Präsident Patrick Remakel und FEDUSE-Präsident Raoul Scholtes in ihren Eröffnungsreden auf aktuelle Themen ein, die die Schulpolitik betreffen. Kurz vor den Parlamentswahlen schilderten beide Redner auf sachliche Weise, wo der Schuh drückt und welche Erwartungen sie an die künftige Regierung knüpfen. Die Politik – und die Gesellschaft insgesamt – müssten den Lehrkräften wieder mehr Vertrauen schenken, damit sich wieder mehr junge Menschen für die Lehreraufbahn entscheiden, lautete die Botschaft. Nur so lasse sich der Lehrermangel langfristig wirksam bekämpfen.

Die LuxDidac zielt darauf ab, Lehrer aus der Grundschule und aus der Sekundarstufe, sowie Erzieher, Eltern, Studenten und Schüler über die neusten Entwicklungen im Bildungsbereich zu informieren und aufzuklären. 31 Aussteller nahmen an der diesjährigen Aus-



gabe teil. Sie stellten ihr neuestes Produktsortiment auf einer Gesamtfläche von über 600 Quadratmetern vor. Ein Großteil von ihnen waren Verleger von Schulbüchern und Lehrmaterial sowie Hersteller von Lernspielen. Auch Unternehmen, die auf Software und deren Anwendungen in der Schule und in der Ausbildung spezialisiert sind, waren mit zahlreichen Ständen vertreten.

Beim Fachpublikum stießen die Expertenvorträge der LuxDidac erneut auf ein reges Interesse. „Leistungsfähig statt ausgebrannt“ lautete z.B. das Thema eines interaktiven Workshops, bei dem die diplomierte Sportwissenschaftlerin Petra Eisenbichler den Teilnehmern nützliche Tipps lieferte, wie man im Schulalltag die Balance zwischen Belastbarkeit und Belastung schafft.

Ein regelmäßiger und geschätzter Gastredner bei der LuxDidac ist Yves Demoulin. Der belgische Psychopädagoge erteilte dieses Jahr praktische Ratschläge, wie man mit Kindern umgeht, die unter Rechenschwäche und damit unter einem frustrierenden Selbstwertgefühl leiden. Statt Dyskalkulie als Krankheit anzusehen, wurden die Besucher dazu angeregt, über notwendige Anpassungen nachzudenken, die es den betroffenen Kindern ermöglichen, die gleichen Fähigkeiten zu entwickeln wie ihre Mitschüler.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen leistete zudem die Stiftung „Zentrum für politisches Bildung“ einen passenden Beitrag. Gemäß dem Motto „Bastel däi Politiker“ wurden Unterrichtsideen vorgestellt, wie man im Klassensaal das Thema „Wahlen“ angehen soll. **ml**

Webinfo

Schnell und übersichtlich
informiert: www.cgfp.lu

Rufbereitschaft als anerkannte Arbeitszeit

Kontroverse Debatten bei „cesi@noon“-Veranstaltung

Ständige Erreichbarkeit, regelmäßige Überstunden und ein hohes Arbeitspensum – neben einem hohen Maß an Flexibilität gehört auch die Rufbereitschaft mittlerweile für viele Beschäftigte zum beruflichen Alltag: Ohne physisch am Arbeitsplatz anwesend zu sein, müssen die Arbeitnehmer bei diesem Modell von zu Hause aus einsatzbereit sein. Die damit verbundene Wartezeit kann krankmachen und schränkt zudem die Freizeit der Betroffenen ein. Bislang galt der „Stand-by-Modus“ nicht als Arbeitszeit, was negative Folgen bei der Vergütung hatte.

Ein Präzedenzfall aus Belgien brachte den Stein ins Rollen: Der Belgier Rudy Matzak, seit 1981 bei der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Nivelles tätig, wollte diesen Missstand nicht länger hinnehmen. Während seiner Rufbereitschaft zu Hause war Matzak stets dazu verpflichtet, innerhalb acht Minuten nach Eingang des Notrufs auf der Feuerwehrwache zu erscheinen. Seine Freizeitgestaltung wurde somit wesentlich eingeschränkt. Doch für Rudy Matzak stellte dies nicht das eigentliche Problem dar. Vielmehr störte ihn, dass er für seine „passive“ Rufbereitschaft nicht entschädigt wurde und zog deshalb vor Gericht.

Der Europäische Gerichtshof befand in seinem Urteil vom 21. Februar 2018, dass dem Kläger tatsächlich ein Entgelt zustünde. Ein ausschlaggebendes Kriterium war dabei die „sofortige Verfügbarkeit“. Falls der Arbeitgeber den Bereitschaftsdienst an zeitliche bzw. geografische Vorgaben knüpft, die die Freizeitgestaltung des Arbeitnehmers stark beeinträchtigen, sei der „passive“ Rufdienst als Arbeitszeit anzusehen, lautete die Begründung der EU-Richter.

Veränderung für zahlreiche Berufswege

Das aufsehenerregende Urteil des EuGH war auch Thema einer Podiumsdiskussion der „CESI@noon“-Reihe in Brüssel, zu der die Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI) eingeladen hatte. An der Debatte teilgenommen haben der Anwalt des Klägers, Pierre Joassart, die auf europäisches Recht spezialisierte Vertreterin der EU-Kommission, Andrea Grgic, der Vizepräsident der französischen Feuerwehrgewerkschaft Avenir Secours, Alain Laratta, der Präsident der Gewerkschaft des luxemburgischen Gemeindepersonals (FGFC), Marco Thomé, sowie der Vizepräsident der im spanischen



Justizwesen tätigen Gewerkschaft CSIF, Jordán de Urríes. Die Diskussion zeigte, dass im Zuge des EuGH-Urteils künftig nicht nur die Rettungskräfte, sondern auch andere Berufszweige auf Veränderungen gefasst sein müssen. Dies gilt unter anderem für das Gesundheits- und Sozialwesen. Die Teilnehmer befassten sich mit den Auswirkungen, die das wegweisende Urteil für Menschen hat, die bei verschiedenen Arbeitgebern unterschiedliche Tätigkeiten ausüben und somit Arbeitszeiten anhäufen.

Freiwillige Feuerwehrleute z.B. leisten einschließlich ihrer Haupttätigkeit oft mehr als 100 Stunden pro Woche. Aus diesem Grund könnte sich die praktische Umsetzung des Richterspruchs als Stolperstein erweisen.

Wie kann der Richterspruch des EuGH mit der nationalen Gesetzgebung in Einklang gebracht werden? Wie und von wem wird der Bereitschaftsdienst finanziell getragen? Wie wird die Einhaltung der gesetzlichen Höchst-arbeitszeit gewährleistet? All diese Fragen standen im Fokus einer lebhaften Diskussion, die von Moderator Pierre Baussand geführt wurde.

In einem internen Treffen der CESI-Mitglieder, das im Vorfeld der öffentlichen Veranstal-

tung stattfand, machte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger interessante Anregungen in Bezug auf die Gesundheit und die Sicherheit der Beschäftigten. In Luxemburg decke eine Unfallversicherung jene Unfälle ab, die sich beim Ausüben des Berufs ereignen. Der Redner warf die berechnete Frage auf, ob diese Versicherung auch dann zahlt, wenn der Arbeitnehmer während des Rufdienstes Opfer eines Unfalls wird bzw. anderen Personen Schaden zufügt. Zu klären bleibe, ob der Betroffene in allem, was die zivilrechtliche Haftung betrifft, eine zusätzliche persönliche Versicherung abschließen müsse.

FGFC-Präsident Marco Thomé ging auf die möglichen Konsequenzen ein, die der Fall Matzak auf die Rettungsdienste in Luxemburg haben könnte. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage. Laut luxemburgischem Recht sei das Urteil nicht direkt anwendbar. Es stelle jedoch eine erhebliche Bedrohung für das Modell der nationalen Rettungsdienste dar, hieß es. Der Bereitschaftsdienst könne durch die Anwendung des europäischen Rechtspruchs stark eingeschränkt werden, so die Befürchtung.

ml



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: cgfp@cgfp.lu

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1

Impression: SNE-Editions S.à r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.